

N° 7977⁴

CHAMBRE DES DEPUTES

Session ordinaire 2021-2022

PROJET DE LOI

- 1° relative au droit à l'enseignement et à l'obligation scolaire ;**
- 2° portant modification de la loi modifiée du 18 mars 2013 relative aux traitements de données à caractère personnel ; et**
- 3° portant abrogation de la loi modifiée du 6 février 2009 relative à l'obligation scolaire**

* * *

**AVIS DE L'ASSOCIATION LUXEMBOURGEOISE
POUR LA LIBERTE D'INSTRUCTION**

ALLGEMEINE KOMMENTARE

Begründung

Unser Verein, ALLI asbl, setzt sich seit 2013 ehrenamtlich für die Bildungsfreiheit ein. Die Bildungsfreiheit ist in der Tat wesentlich, um das „Recht auf Bildung“ ausüben zu können, wie es in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die am 4. November 1950 in Rom unterzeichnet wurde, und dem Zusatzprotokoll, das am 20. März 1952 in Paris unterzeichnet und durch das Gesetz vom 29. August 1953 im Großherzogtum Luxemburg gebilligt wurde, gedacht wurde.

Ob man in diesem Zusammenhang vom Recht auf Bildung¹, auf Erziehung oder Unterricht oder sogar vom Recht auf Information spricht, dieses Recht hat keinen anderen Zweck, als die Grundfreiheiten immer mehr zu verwirklichen. So soll dieses Recht jedem Einzelnen, unabhängig von seinem Alter, ermöglichen, zu unterscheiden, um aufgeklärte, autonome und verantwortungsvolle Entscheidungen treffen zu können und so eine Gesellschaft zu bilden.

Im Rahmen der Achtung der Grundrechte erscheint es uns paradox und inkohärent, von Schulpflicht zu sprechen und allgemeine Normen aufzustellen, die auf alle Formen der Bildung anwendbar sind, während gerade die Komplexität und Vielfalt der heutigen Gesellschaft, sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, Agilität, Anpassungsfähigkeit, Kreativität und immer mehr Individualisierung erfordern.

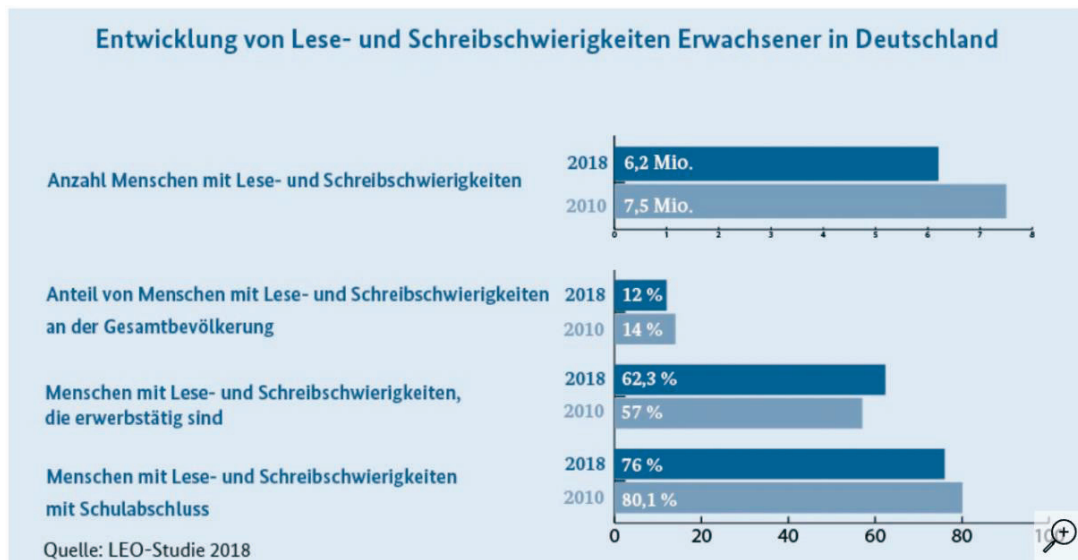
In diesem Sinne schätzen wir an diesem Gesetzentwurf den Willen zu einer möglichen Öffnung hin zur Implementierung alternativer Wege, die hoffentlich wirklich eine Diversifizierung der Bildungslandschaft ermöglichen würden, damit jeder Zugang zu einem Bildungsweg hat, der besser auf seine Bedürfnisse zugeschnitten ist und so sein Potenzial besser entfalten kann, anstatt unter der Mediokratie, Autokratie und Bürokratie von auferlegten Standards zu leiden.

¹ 4-minütiges Video, das das Recht auf Bildung erklärt <https://www.youtube.com/watch?v=Ot7AJMJ19SQ>, erstellt von ALLI asbl.

Über die allgemeine Schulpflicht

Wir können die Bemühungen des Ministeriums und aller Akteure, die sich für eine stärkere Verwirklichung des Rechts auf Bildung einsetzen, nur unterstützen. Um dies zu erreichen, ist es jedoch an der Zeit, falsche Überzeugungen in Frage zu stellen.

In Luxemburg waren Mitte des 19. Jahrhunderts drei Viertel der Bevölkerung auf dem Land Analphabeten. Tatsächlich hat sich die Situation in den Industrieländern entgegen der landläufigen Meinung nicht so sehr verändert, wie unter anderem die LEO-Studie der Universität Hamburg belegt. Im Jahr 2018 hatten in Deutschland 76 % der Menschen mit einem Schulabschluss Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben.

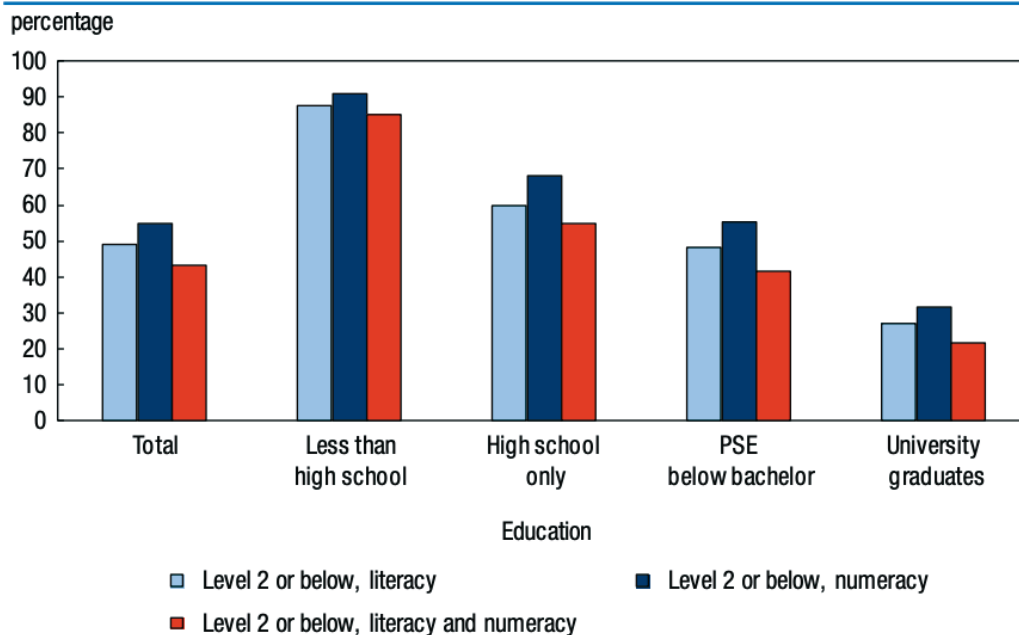


Interessanterweise verbindet die LEO-Studie übrigens eine geringe Lesekompetenz mit formaler Bildung, während der Text des Gesetzentwurfs indirekt die Notwendigkeit betont, formale und nicht-formale Ansätze miteinander in Einklang zu bringen (S. 7).

Diese OECD-Studie zu Kanada bestätigt übrigens das Ergebnis anderer Studien in Europa² : insbesondere die Tatsache, dass 30 bis 40 Prozent der Universitätsabsolventen Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben haben.

² „Studien in England aus dem Jahr 2011 haben ergeben, dass 14,9% (über 5 Millionen) der Engländer sich als funktionale Analphabeten erweisen. Die gleichen Studien in Deutschland haben ergeben, dass integrale Analphabeten (vollständiges Defizit beim Lesen und Schreiben) 4,5% der deutschen Bevölkerung in der Altersgruppe von 18 bis 64 Jahren ausmachen. Funktionaler Analphabetismus betrifft 10% der Personen in dieser Altersgruppe. Die Population der vollständigen und funktionalen Analphabeten umfasst insgesamt 7,5 Millionen Staatsangehörige. Darüber hinaus haben mehr als 25% der erwachsenen Bevölkerung (13,3 Millionen) ernsthafte Schwierigkeiten mit dem Schreiben und Lesen. Insgesamt fallen fast 40% der erwachsenen Einwohner Deutschlands in die Gruppe der funktionalen Analphabeten und der Personen mit unzureichenden Lese- und Schreibfähigkeiten.“ Quelle; <https://epale.ec.europa.eu/en/node/40675>

Proportion of adults aged 25 to 65 at level 2 or below in skill proficiency levels, by educational attainment category



Note: PSE = Postsecondary education

Source: OECD, Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC), 2012.

Und im jüngsten Bericht der UNESCO vom 10. November 2021 über die Zukunft der Bildung ist sogar zu lesen:

„Fast die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler weltweit beendet die Sekundarstufe, ohne ein Mindestmaß an Grundfertigkeiten erworben zu haben. Dies ist eine inakzeptable Situation, die das Versagen der Schule gegenüber den Schülern und gegenüber der Gesellschaft aufzeigt.“

Die Behauptung, die Schulpflicht sei ein Grundpfeiler der Demokratie, ist daher falsch.

„Eine echte Demokratie ist eine FREIE und VERANTWORTUNGSBEWUSSTE Gesellschaft, und ein Aspekt kann ohne den anderen nicht existieren oder Sinn machen.“ (Regierung von Ontario – 1965)

Oder „VERANTWORTUNGSBEWUSSTSEIN bedeutet zu akzeptieren, dass wir die Dinge tun, weil sie uns nicht befohlen werden. Wir tun die Dinge, weil wir es für richtig halten, sie zu tun.“ (Emmanuel Lévinas, Philosoph)

Nur ein verantwortungsvoller Unterricht könnte ein Grundpfeiler der Demokratie sein. Wir lehren (zeigen), wer wir sind. Der Unterricht muss daher vorbildlich sein.

Freuen wir uns, eine neue Ära hat begonnen, denn nur wenn wir die Verleugnung hinter uns lassen, können wir uns in Richtung einer qualitativ hochwertigen Bildung mit mehr Gerechtigkeit bewegen.

Schulabbrecher, Schulabbrechung, Abgehängte?

Im Text des Gesetzentwurfs wird „schulische Ausgrenzung“ mit „sozialer Ausgrenzung“ gleichgesetzt. In der Tat macht die Nichteinhaltung einer schulischen Norm eine soziale Integration praktisch unmöglich oder zumindest sehr schwierig. Es ist auch von Schulabbrechern die Rede. So wird der Einzelne gewissermaßen als *schuldig* betrachtet, weil er sich nicht an die schulischen Normen gehalten hat. Hat er sich selbstständig und eigenverantwortlich ausgeschlossen oder wurde er ausgeschlossen, weil wir das Recht auf Andersartigkeit nicht wirklich tolerieren? Oder hat er keine qualitativ hochwertige Bildung erhalten, in dem Sinne, dass man es in seinem familiären und institutionellen Umfeld nicht geschafft hat, ihn mit gegenseitigem Respekt ins Leben zu begleiten und ihm mit gutem Beispiel voranzugehen? Ist dann nicht eher von Abgehängte die Rede?

Wenn die Bemühungen, die Zahl der Schulabbrecher zu senken, nicht so erfolgreich waren wie erhofft, liegt das wahrscheinlich daran, dass die tieferen Ursachen nicht ausreichend in Frage gestellt wurden. In diesem Fall wird die Frage der erzieherischen und vor allem der institutionellen Gewalt im Text des Gesetzentwurfs völlig ausgeblendet. Das Recht auf Bildung zielt darauf ab, Frieden und Toleranz zu fördern. Es sollte uns dem Kern unserer Menschlichkeit näher bringen, indem es sowohl das Herz stimuliert als auch einen gesunden Geist bewahrt. Laut einer großen kanadischen Vereinigung für psychische Gesundheit³ sind die Grundwerte der psychischen Gesundheit soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Das Recht auf Bildung ist ein Recht auf Selbstbestimmung. Eine administrative und zwangsweise Antwort auf ein menschliches Problem zu geben, wird keine Lösung bringen.

Das Recht auf Bildung stellt eine Option dar. Wenn es im Gegenzug eine Verpflichtung gibt, besteht diese vor allem darin, das Lernen und die Fähigkeit, informierte Entscheidungen zu treffen und sich so zu einem autonomen und verantwortungsbewussten Individuum zu entwickeln, nicht zu verhindern. Daher muss jeder Mensch, unabhängig von seinem Alter, gleichberechtigt Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben. Allgemeine Schulstandards durchzusetzen, indem jedem Kind die gleichen Vorrechte eingeräumt werden, ist jedoch nicht gerecht und kann daher Ungleichheiten nur aufrecht-erhalten. In einem kollektivistischen Bildungsansatz kann die Steuerung nur willkürlich (d. h. nicht auf der Suche nach der Wahrheit) und damit diskriminierend sein, während eine positive Diskriminierung wünschenswert wäre.

Wir schätzen alle Fakten, die unsere Überzeugungen stützen, aber wir müssen neue Wege ausprobieren und Risiken eingehen. Angst nährt immer den Rückschritt. Wenn wir auf positive Werte setzen, können wir Hoffnung geben. Der Staat verhindert jedoch die Schaffung eines kollektiven Wunsches, wenn der Einzelne nicht als Akteur auftritt. Staatliche Barrieren, die die für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung notwendige Innovation und den Pluralismus verhindern, müssen abgebaut werden und so den Weg für neue Modelle ebnen, in denen die Akteure ihre eigenen Normen festlegen. Die Grundrechte bilden dann eine solide ethische Grundlage, die den Rahmen dafür vorgibt. Dies bedeutet jedoch, dass die Regierungen und ihre Vertreter in vollem Umfang für die Einhaltung der Menschenrechte im Bildungsbereich verantwortlich gemacht werden müssen und somit der institutionellen Gewalt ein Ende gesetzt werden muss. Jede Gewalt, die nicht notwendig und vermeidbar ist, muss bestraft werden. Im Sinne der Grundrechte erfordert dies ein Machtgleichgewicht zwischen allen Akteuren.

Unterrichten heißt zeigen

Es muss festgestellt werden, dass es immer noch sehr starke Machtungleichgewichte gibt, insbesondere zwischen den Vertretern der staatlichen Autorität, den gesetzlichen Betreuern der jungen Menschen und den sogenannten Minderjährigen. Und das trotz der zahlreichen internationalen Texte und der vielen Empfehlungen ihrer Befürworter zu bewährten Verfahren, die eine effektive Beteiligung aller Akteure als Subjekte von Rechten und damit die Achtung der Grundwerte, auf die sich dieser Gesetzentwurf beruft, ermöglichen würden.

Das Feedback aus der Realität ist jedoch eindeutig:

- Vor kurzem wurde bei einem Gerichtsurteil das Wort eines 14-jährigen Jugendlichen, der außerhalb der Schule lernen wollte, obwohl dies den Mindeststandards für Bildung entsprach, völlig ignoriert. Der Jugendliche wurde wie ein Straftäter in ein Heim eingewiesen. Aber welches Verbrechen hat er begangen? Es ist sehr bedauerlich, dass dieser Richter den Vorschlägen der Mediatoren und des Ombudsmanns nicht wirklich eine Chance gab, denn sie hätten die Lösung sein können, die allen gerecht wurde. Vielleicht wäre das nicht der Fall gewesen, aber zumindest hätten sie es ermöglicht, andere Wege abseits der ausgetretenen Pfade zu beschreiten. Sie hätten die Möglichkeit geboten, zu lernen, Fehler zu machen und daraus zu wachsen. Der Jugendliche hatte sich bereits kooperativ gezeigt, um eine Lösung zu finden. Was hat den Richter davon abgehalten, diesen Weg freizugeben: Angst, Unwissenheit, Macht, ein schlechter Tag, zu viel Arbeit? War es wirklich notwendig und richtig? Was bleibt diesem jungen Menschen als Ausweg, wenn eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Jahre dauert und wenig Wirkung zeigt?⁴

³ <https://ottawa.cmha.ca/about-cmha/vision-mission-and-core-values/>

⁴ Als konkretes Beispiel werden in diesem eloquenten Brief die Gründe eines Jugendlichen dargelegt, der sich weigert, an einem Chemiekurs teilzunehmen <https://drive.google.com/file/d/1-8BYQa65bCSym8OJPCPHZCC1ayWUV9/view>

- Vor kurzem tauchte die Polizei bei einer Familie auf, die anonym als verdächtig erklärt worden war, weil ihr 15-jähriger Junge aufgrund einer Schulphobie nicht zur Schule ging. Warum werden Eltern, die sich wirklich um das Wohlergehen ihrer Kinder kümmern und die Wahl der Kinder respektieren, so stigmatisiert? Wie würden Sie sich fühlen, wenn die Polizei um 8 Uhr morgens wegen einer doch legitimen Erziehungsentscheidung zu Ihnen nach Hause käme? Was hindert Sie daran, zu vertrauen? Ist es die Angst? Unwissenheit?
- Seit Jahren erhalten wir zahlreiche Berichte von Familien, die institutionelle Gewalt und die Nichteinhaltung internationaler Verträge anprangern, was häufig dazu führt, dass es ihren Kindern schlecht geht. Wenn diese Familien versuchen, diese Probleme zu lösen, werden sie Opfer zahlreicher Missverständnisse, manchmal sogar von Amtsmissbrauch, Einschüchterung und Lügen seitens einiger Beamter. Doch wie viele Ombudsmänner und Ombudsleute zählen wir in Luxemburg, die sie unterstützen und die Dinge auf den Punkt bringen? Ist das nicht unverhältnismäßig? Und was ist mit den Möglichkeiten, Rechtsmittel einzulegen? Es ist ein wahrer Hindernisparcours, den nicht jeder bewältigen kann.
- Vor kurzem wurde uns berichtet, dass die Verwaltungsbehörden einem Jugendlichen, der sich selbstständig und erfolgreich zu Hause unterrichtet hatte (im Anschluss an die Covid-Zeit), die Bescheinigung seiner Kompetenzen verweigerten. Er wollte sich an einer Universität im Ausland einschreiben. Die Familie hatte an viele Türen geklopft, aber bislang ohne Ergebnis. Die Familie befolgte jedoch die Anweisungen der Vertreter des Ministeriums, die vollkommen gesetzeskonform waren. Derzeit warten sie auf die Antwort des Bildungsministers Claude Meisch. Der Text des Gesetzentwurfs besagt, dass sich die Situation von Menschen mit geringen oder keinen Qualifikationen in einem komplizierten wirtschaftlichen und sozialen Umfeld von Tag zu Tag verschlechtert. Die auf dem Arbeitsmarkt geforderten Fähigkeiten werden immer anspruchsvoller und selbst qualifizierte Menschen können den Bedarf nicht immer ausreichend decken.

Bei einem Gespräch im Ministerium im Jahr 2016⁵, war jedoch die Rede davon, Brücken zu schaffen, um die außerhalb des Schulsystems erworbenen Kompetenzen aufzuwerten. Was ist aus diesen guten Absichten geworden? Ist es Angst oder Unwissenheit, die die Bürokraten behindert? Warum werden junge Menschen bestraft, die sich außerhalb der klassischen Bildungswege auf ihre Weise anders und mit Begeisterung weitergebildet haben?

Ist das sinnvoll?

- Auch Projekte alternativer Lernorte, die sich um die Umsetzung partizipativer Governance-Systeme bemühen, wie z. B. LuDUS asbl (www.ludus.lu), wecken häufig Begeisterung oder Neugier. In der Tat könnten sie für das Kollektiv von echtem Interesse sein, wenn sie unter guten Bedingungen und auf faire Weise ausgeübt werden könnten. Aber auch hier fragen wir uns: Was hindert uns daran, diese Form der Divergenz voll zu unterstützen und unsere Komfortzone zu verlassen? Sind es wieder Angst und Unwissenheit?

Das Recht auf Bildung ist gerade ein Bollwerk gegen Angst und Unwissenheit, wir sollten es unter keinen Umständen behindern!

Die Erziehung zur Achtung der Grundrechte und -freiheiten kann nur erfolgen, indem man mit gutem Beispiel vorangeht. Die Rolle des Staates als Garant wäre dann subsidiär, aber solange übergeordnete Gesetze nicht als wirklich grundlegend angesehen werden, wird es niemals soziale Gerechtigkeit geben und die Geschichte der Gewalt wird sich fortsetzen. Dennoch ist es möglich, aus diesem Teufelskreis auszubrechen.

Wir leben in einer beispiellosen Zeit der Redefreiheit, insbesondere über bestimmte tabuisierte Gewalttaten, über die niemals gesprochen werden durfte und die die Grundlage für viele Gewalttaten bilden. Manche Wahrheiten sind schwer zu hören, da sie viele unterdrückte Wunden aufreißen, und die Reaktionen können heftig, verwirrend oder sogar ungerecht sein. Es ist ein Wendepunkt, den es zu überwinden gilt, und es ist nicht die Zeit zu schweigen, ob es den Opfern nun gefällt oder nicht. Es wird eine große Widerstandsfähigkeit und viel Mut erfordern, wenn wir den Stier bei den Hörnern packen wollen.

⁵ https://alliasbl.lu/wp-content/uploads/2018/04/ALLI_doc_290616_LU-FR-EN.pdf

Aus der Sackgasse herauskommen...

Wie im Text des Gesetzentwurfs betont wird, braucht eine demokratische Gesellschaft aufgeklärte Bürger, die in der Lage sind, sich an komplexen Debatten zu beteiligen. Die Entwicklung von kritischem Denken und Urteilsvermögen ist absolut unerlässlich und stellt den Zweck des Rechts auf Bildung dar. Doch in einem vertikalen Zwangsbildungssystem, das auf der Dominanz der Erwachsenen beruht, Standards vorgibt und auf der Grundlage von schulischen Erwartungen beurteilt und integriert, wo bleibt da noch Platz für Wahrheit und Gerechtigkeit?

Wie viel Platz bleibt in der Realität, in der Realität der Institution Schule, für echte Debatten? Wie viel Platz bleibt in unserer sogenannten demokratischen Gesellschaft für echte Dialoge, die eine Unterscheidung ermöglichen?

Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung im historischen Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention beruht auf der Entwicklung des kritischen Denkens, doch der Gesetzestext stellt in Artikel 10 den Schulbesuch und die staatliche Autorität vor die Entwicklung des kritischen Denkens und damit vor die Achtung des Rechts auf Autonomie des Subjekts. In der Tat widerspricht dies den demokratischen Werten und den Grundfreiheiten, und wir alle leiden bereits indirekt unter den schädlichen Auswirkungen.

Wie auch im Text des Gesetzentwurfs betont wird, ist es notwendig, alternative Wege zu entwickeln. Dieser Aspekt sollte mit viel mehr Mut entwickelt und gefordert werden, da er immer notwendiger wird. Wir hatten bereits einen Anfang von Überlegungen und Erfahrungen auf einem 2017 veranstalteten Symposium⁶ geteilt und haben diese Aspekte kürzlich in einem Antwortschreiben an die UNESCO zum Thema „Futures of Education“ ausführlich kommentiert und dabei zahlreiche Beispiele und Ressourcen aus divergierenden Praktiken rund um den Globus aufgegriffen.⁷

Im September 2021 haben wir eine Konferenz in Luxemburg mitorganisiert, die zeigt, dass die Fortschritte zwar ermutigend, aber immer noch zu zaghafte sind.⁸ Außerdem haben wir 159 Zitate aus dem UNESCO-Bericht vom 10. November 2021 für einen radikalen Wandel ausgewählt⁹. Solange wir es nicht wagen, das Lernen grundlegend zu überdenken und sogar zu entkolonialisieren, wird ein längerer Schulbesuch nur ein kleines Pflaster auf einer sehr großen Wunde sein.

*

SCHLUSSFOLGERUNG

Die Möglichkeiten sind vielfältig, was fehlt, ist ein echter politischer und bürgerlicher Wille, Kühnheit, Mut, Raum und Zeit zum Erforschen, Entdecken, Lernen und Innovieren, die Unterstützung alternativer Initiativen, ob institutionell oder nicht, echte konstruktive Dialoge, die eine effektive Beteiligung aller Personen ermöglichen, die betroffen sind und sich für eine echte Verwirklichung des Rechts auf Bildung einsetzen wollen.

Wir hoffen, dass dieser Gesetzentwurf die Gelegenheit bietet, eine tief greifende Bürgerdebatte über die wahren Themen zu eröffnen, die tiefen Übel, die wir heilen müssen, um Machtmissbrauch zu verhindern und die Grundfreiheiten im Interesse der Allgemeinheit zu verwirklichen.

Wir erwarten von der Regierung, dass sie ihre Aufgabe als Garant für die Einhaltung der Werte internationaler Verträge erfüllt, indem sie ihre Verantwortung übernimmt, wenn dies nicht der Fall ist.

Dieser Gesetzentwurf ist zwar interessant, aber in diesem Sinne unzureichend und unangemessen. Er lädt jedoch zu ernsthaften und fairen Debatten ein, um gemeinsam durch unsere kollektive Intelligenz bessere Zukünfte zu ko-konstruieren, was wir uns aufrichtig wünschen.

6 www.freetolearnluxembourg.eu

7 <http://www.fhree.org/2021/11/08/unesco-response-call-to-unite/>

8 <http://www.fhree.org/2021/11/23/towards-a-holistic-conscious-and-living-education/>

9 <http://www.fhree.org/2021/12/02/diy-159-memes/>

In seiner Rede zur Podiumsdiskussion „Auf dem Weg zu einer ganzheitlichen, bewussten und lebendigen Bildung?“ erinnerte uns Minister Jean Asselborn, ein leidenschaftlicher Verfechter der Menschenrechte, ganz richtig an Folgendes:

„Es liegt an uns, zu handeln ... indem wir lernen, unseren kritischen Geist zu schärfen, um echte, respektvolle und aufgeklärte Debatten über Ideen anzuregen, die unsere Gesellschaften so dringend brauchen“.

Lassen Sie uns zur Tat schreiten!

ALLI asbl Komitee

